

Hernán Castillo

Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft

In Venezuela führt das Thema des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Militär traditionell zu Polemik. Die Kontroverse ist vielgestaltigen Ursprungs, kann aber auf die politische Rolle des Militärs beim Staatsaufbau und in der Gesellschaft kondensiert werden. Venezolanische (Castillo 2003: 73-104) und andere Autoren (Irwin 2003a: 149-224) haben verschiedene Ansätze zum Studium der gesellschaftlich-militärischen Beziehungen entwickelt, die meist jüngeren Datums und nicht so zahlreich sind wie in anderen Ländern Lateinamerikas, insbesondere denen des Südens.

Man kann einige Gründe dafür anführen, dass venezolanische Forscher – mit einigen Ausnahmen – sich den Themen des zivil-militärischen Verhältnisses, der strategischen Ansätze und der Sicherheit und Verteidigung so wenig gewidmet haben. Letztlich war es die banale Ansicht, die venezolanische Demokratie sei trotz ihrer Probleme politisch stabil und mit ausreichenden Mitteln und Ressourcen ausgestattet; militärische Erhebungen im ausgehenden 20. Jahrhundert seien mithin zum Scheitern verurteilt. So fanden die strategischen Probleme, die Demokratie und insbesondere die zivil-militärischen Beziehungen in den Sozialwissenschaften kein besonderes Interesse; jedenfalls genossen diese Themen keine Priorität, solange sie nicht kritisch wurden. Erst in der zweiten Regierung von Carlos Andrés Pérez (1989-1993) und insbesondere seit den Ereignissen vom Februar 1989 (Guardia 2005: 139)¹ sowie den Erhebungen vom 4. Februar und 27. November 1992 (Guardia/Olivieri 2005: 109)² erwachte erneutes Interesse für diesen Bereich, das wegen dessen Bedeutung für die Demokratie ständig zunahm. Seitdem haben sich auch jüngere Forscher dem Thema verstärkt und aus einer interdisziplinären Perspektive zugewandt (Castillo 2001).

1 Im Februar 1989 kam es zum “Caracazo” bzw. “Sacudón” (Erschütterung) (siehe dazu den Beitrag von Margarita López Maya in diesem Band).

2 Beide Putschistengruppen führten die Glaubwürdigkeitskrise der Parteien, die sozialen Lasten im Gefolge des Anpassungsprogramms 1989-1992, die Korruption und die Gefährdung des Lebensstandards der Mittelschichten und damit auch des Militärs als Gründe für ihre Auflehnung an.

In der Vergangenheit dominierte in den Studien zum Verhältnis zwischen Militär, Gesellschaft und Staat in Venezuela ein Ansatz, in dem strategisches Denken sowie Sicherheit und Verteidigung als Politikfeld betrachtet werden (Romero 1980). Studien dieser Art sind wertvolle Beiträge zur Entwicklung einer Bürgergesellschaft, in der das Militär tatsächlich einer wirksamen zivilen Aufsicht unterstellt ist. Sie sind in einer Gesellschaft umso wichtiger, als man diese Themen tabuisierte, für brenzlich hielt und den Militärs selbst überließ. Interessierte Forscher setzten sich Risiken aus; Veröffentlichungen zu dem Bereich erforderten besonderen Mut, auch wenn sie noch so akademisch waren, denn alle Informationen dazu galten als Staatsgeheimnisse (Rey 1981: 14-16).

Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär in institutionell unterentwickelten Demokratien wie denen Lateinamerikas und damit auch Venezuelas kann dramatische Wendungen erfahren und die Rolle des Militärs in Gesellschaft und Staat ist weder historisch noch politisch geklärt. In seiner umfassenden Studie zur historischen Entwicklung und politischen Rolle des Militärs in den lateinamerikanischen Gesellschaften, die sich über die Spanne zwischen der Kolonialzeit und dem Ende des 20. Jahrhunderts erstreckt, kommt Brian Loveman (1999) zu diesem Schluss; bedauerlicherweise kommt Venezuela darin zu kurz.

Im Falle Venezuelas begründet Straka den Prätorianismus, d.h. die übermäßige Einmischung des Militärs die Politik wie folgt:

Der Prätorianismus geht von der Überzeugung aus, die Armee müsse das Vaterland zur Größe führen. Nicht, wie López erklärte, durch die Sicherung des Friedens, damit die Wirtschaft blühen konnte und Recht und Institutionen bewahrt wurden, sondern durch direkte Einmischung bis hin zum Diktat von Gesetzen. Indem es Ordnung schaffte, wo die Gesellschaft sich dazu als unfähig erwies, durch Usurpation ihrer Funktionen. Jedoch nicht wie in Japan vom Krieg gegen China bis Hiroshima, einer Zeit, in der alle und jeder eine Uniform trug, sondern durch Fernsteuerung aus den Kasernen heraus. Durch die Verknüpfung der modernen Armee mit der Tradition der Väter des Vaterlandes entstand eine Doktrin, die sich López Contreras³ vernünftigen Intentionen weitgehend zu entziehen vermochte (Straka 2003: 38-39).

Der Prätorianismus wurzelt also in der herausragenden Rolle des Heeres in den Befreiungskriegen und der Staatsbildung. Gene Bigler, einer der frühen

3 General Eleazar López Contreras leitete nach dem Ende der langjährigen Diktatur von General Gómez (1908-1936) einen kontrollierten Übergang zu einer Demokratie mit stark eingeschränktem Wahlrecht und zugleich zu einer mehr institutionalisierten Form der Herrschaft mit deutlich reduzierten prätorianischen Zügen ein. Er regierte von 1936-1941 (Andreas Boeckh).

ausländischen Autoren zum Thema Militär und Gesellschaft, beschreibt die Herausbildung und Konsolidation eines neuen Musters des Verhältnisses nach dem Sturz der Pérez-Jiménez-Diktatur im Jahre 1958, das sich durch zwei Elemente auszeichnet, nämlich die Professionalisierung des Militärs und das gesellschaftspolitische Umfeld, in dem es agierte. Bigler (1981: 85-142; 1982: 175-196) zählt fünf Faktoren auf, auf die sich die Institutionalisierung der zivilen Aufsicht über das Militär gründet:

- die antimilitaristische Kultur der Bevölkerung;
- die tiefe Spaltung der Militärs;
- der Zusammenhalt der Eliten und ihr Prestige im Gegensatz zum Versagen der Militärs in der Staatsführung;
- den Pakt von Punto Fijo und die der Verfassung von 1961 zugrundeliegende Staatsauffassung, in der die prätorianische Option keinen Platz hatte;
- und schließlich die Bedrohung durch die kubanische Revolution und deren Unterstützung der kommunistischen Subversion.

Aus diesen Grundlagen erwuchsen die Loyalität des Militärs gegenüber dem gerade begonnenen demokratischen Experiment und der Verfassung von 1961 und ihre neue Rolle im Staat. Bigler weist aber auch auf vier Spannungs- und Konfliktfelder im Verhältnis von Gesellschaft und Militär hin:

- die Frage der Landesgrenze und das Vetorecht des Militärs in diesem Bereich;
- die mangelnde Aufsicht der gesellschaftlichen Institutionen und der öffentlichen Meinung in Fragen der Sicherheit und Verteidigung sowie des Militärbetriebs;
- die Wiederherstellung der politischen Rechte der Militärs;
- die Besoldung.

Die von Bigler angeführten Merkmale trugen zwar dazu bei, das Militär in den demokratischen Rahmen einzubinden, waren aber nicht gleichbedeutend mit einer wirksamen Aufsicht über die Streitkräfte. Die hat es in der Geschichte Venezuelas nicht gegeben und es wäre politisch naiv, eine solche für die demokratische Phase anzunehmen.

Wenn aber in Venezuela das Militär zu keinem Zeitpunkt einer wirklichen zivilen Kontrolle unterstanden hat, was hat dann dazu geführt, dass sie das demokratische politische Projekt unterstützten?

Erstens sind die von Bigler aufgeführten Elemente Bestandteil des herrschenden Diskurses zur Erklärung des institutionellen Verhaltens der Militärs in der Demokratie und der angeblichen zivilen Aufsicht, jedoch keine Belege für deren effektives Funktionieren, wie ich noch zeigen werde. Zweitens ist zu bemerken, dass diese Faktoren in den Jahren der castrokommunistisch inspirierten Subversion dazu beitrugen, die Militärs in das neue politische System zu integrieren. Aber es ist auch darauf hinzuweisen, dass dieser Erfolg und die Unterstützung des Militärs beim Aufbau der Demokratie nicht gleichbedeutend mit einer wirklichen, politisch institutionalisierten zivilen Kontrolle des Militärs sind.

In Biglers Analyse ist der entscheidende Aspekt einer tatsächlichen zivilen Aufsicht über das Militär die Ausrottung aller Erscheinungsformen des Prätorianismus im politischen System. Das erfolgreiche Eingreifen des Militärs in die Auseinandersetzung mit den bewaffneten Aufständischen der sechziger Jahre hat demgegenüber die systemkonforme politische Intervention der Militärs sogar noch gefördert.

Nochmals: In einer Demokratie geht die Unterstellung des Militärs unter zivile Aufsicht mit der Beseitigung des Prätorianismus einher, dem Vorrang der Zivilgesellschaft vor dem Militär. Das ist in Venezuela bisher nicht gelungen, weil ohnmächtige Institutionen, schwache Organisationen der Zivilgesellschaft, ein überdimensioniertes Militär und eine wenig entwickelte politische Kultur⁴ prätorianischen Versuchungen Vorschub leisten (Finer 1969: 221); Bigler und andere berücksichtigen diese Aspekte nicht hinreichend.

An dieser Stelle komme ich darauf zurück, dass Biglers Elemente und Faktoren aus den folgenden Gründen keine hinreichenden Bedingungen für eine effektive Kontrolle des Militärs durch die Gesellschaft sein können:

1. Die Technisierung vieler militärischer Bereiche ist nicht gleichzusetzen mit einer Professionalisierung, sondern eher mit einer Fachorientierung als Antwort auf veränderte Bedrohungsszenarien. Sie führte auch zu mehr Privilegien, mehr Immunität und mehr politischer Macht der Militärs: Prätorianisierung statt Professionalisierung.
2. Der prätorianische Flügel der venezolanischen Streitkräfte verlor nach dem Scheitern der Militärdiktatur 1948-1958 an Bedeutung, was den

4 Im Sinne des von Finer in seinem Modell des zivil-militärischen Verhältnisses verwendeten Begriffs ist zivile Regierbarkeit dann möglich, wenn dem Militär Autonomie und institutionelle Immunität zugesichert werden, d.h. die Legitimität der zivilen Organe ist wichtig, erfasst aber nicht das Militär.

professionell orientierten Flügel stärkte, aber beide hatten keine andere Wahl, als das demokratische Projekt zu Beginn der sechziger Jahre zu unterstützen und sich der gemeinsamen Bedrohung durch die kommunistische Guerilla entgegenzustellen. Dass nach 1958 alle militärischen Rebellionen scheiterten, kann man dahingehend interpretieren, dass die Putschisten weder die historischen Gegebenheiten des Landes noch die hohen politischen Kosten ihres Scheiterns einzuschätzen vermochten. Es vergingen über 30 Jahre, vom "Porteñazo" 1962⁵ zum "Caracazo" 1989, bis sich wieder wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten einstellten, die die militärischen Erhebungen vom Februar und November 1992 förderten.

3. Die antimilitaristische Einstellung der venezolanischen Gesellschaft, unter anderem zurückzuführen auf das Scheitern der Militärs in der Staatsführung und ihr traditionell repressives Agieren, bedeutet noch keine zivile Kontrolle über das Militär, auch wenn sie sich als kulturelle Barriere gegen putschistische Bestrebungen erweisen kann.
4. Die zivile Führung hat es trotz ihres Prestiges und ihrer Gemeinsamkeiten hinsichtlich des demokratischen Projekts nicht verstanden, den politischen Institutionen, z.B. dem Parlament, hinreichende und effektive Kontrollfunktionen über das Militär in die Hand zu geben und diese in der Verfassung und im Rechtssystem zu verankern; im Gegenteil, sie integrierten die Militärs in den politischen Machtapparat (Castillo 1998).
5. Schließlich kann auch die Verfassungstreue des Militärs nicht ohne weiteres mit seiner tatsächlichen Unterstellung unter die zivile Gewalt gleichgesetzt werden. In diesem Sinne kannte die 1961er Verfassung keine besonderen Aufsichtsrechte über das Militär. Wenn das Militär diese Verfassung auch respektierte, muss dies kein Beleg für militärische Professionalität sein; so kann sie z.B. von prätorianischen Militärs aus opportunistischen Gründen verteidigt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Studien nordamerikanischer Politologen über Venezuela, darunter die Biglers, die tieferen geschichtlichen Beweggründe nur ungenügend beachten, z.B. das prätorianische Erbe der venezolanischen Militärs, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchdringt. Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär ist vielschichtiger und enthält Aspekte, die ans Licht befördert werden müssen.

5 Aufstand einer Marineeinheit in Puerto Cabello am 2. Juni 1962.

Hinsichtlich der zivilen Kontrolle des Militärs wurde dieses durch die Verfassung von 1961 dem Staatspräsidenten unterstellt und die Streitkräfte verwaltungsmäßig aufgespalten. Aber gleichzeitig sicherte die Verfassung dem Militär eine exzessive Autonomie und die Möglichkeit einer zum Missbrauch tendierenden Einmischung in die Politik. Die mit der zivilen Aufsicht betrauten Organe, darunter das Parlament, wurden neutralisiert und auf eher symbolische Funktionen reduziert, z.B. die Bestätigung von Beförderungen in den oberen Offiziersrängen. Unter diesem Aspekt verschlimmert die Verfassung der Bolivarischen Republik von 1999 die Situation noch, indem sie diese Funktion in die Hand des Staatspräsidenten legt.

Die prätorianische Bedrohung der Demokratie und Gesellschaft ist mit ihrem Auf und Ab historisch präsent geblieben und hat daher die Institutionalisierung der Unterstellung des Militärs unter zivile Gewalt verhindert. Trotz deutlicher Anzeichen antimilitaristischer Einstellungen in der Gesellschaft konnte die prätorianische Neigung weder in der politischen Kultur noch im militärischen Denken ausgemerzt werden. Schlimmer noch, der Prätorianismus wurde im demokratischen Venezuela durch Nachgiebigkeit, Toleranz, Unkenntnis und Nachlässigkeit der politischen Führung sogar noch gefördert, weil diese seine zerstörerischen Möglichkeiten gering schätzte.

Bezüglich der Machtstellung des Militärs in der venezolanischen Gesellschaft und insbesondere ihrer Eingriffe in die Politik sagt Irwin, dass diese im 20. Jahrhundert mit den folgenden Begriffen beschrieben werden könne: Wohngemeinschaft, Fusion, Entente, ungeschriebenes Abkommen, Symbiose, militärisch-ziviles Einverständnis, ausgehandelte, vermittelte und bedingte teilweise zivile Kontrolle des Militärs.

Die Militärs haben in diesem gegenseitigen Abkommen direkt oder indirekt Vorrang. Politisch drückt sich das so aus – und deshalb ist es auch ein politisch-militärisches Verhältnis – dass ein Militär, eine Gruppe Militärs oder das Militär insgesamt eine vorteilhafte oder gar dominante Stellung gegenüber der Zivilgesellschaft erlangen. Ergebnis dieser militärisch-zivilen und politisch-militärischen Symbiose ist das Scheitern einer wahrhaft zivilen Kontrolle über das Militär im 20. Jahrhundert. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, die zivile Kontrolle in Venezuela zu konsolidieren. Die historische Tendenz läuft mittel- und langfristig auf verstärkte Professionalisierung des Militärs und auf die Schwächung ihres politischen Einflusses hinaus (Irwin 2000: 10).

Allerdings muss unterstrichen werden:

Zwischen der Regierung, den Reformparteien und den Militärs ergab sich eine Interessengemeinschaft gegen einen gemeinsamen Feind: die marxistisch-leninistische Guerilla, die von Fidel Castros Kuba aus logistisch unterstützt

wurde. Diese Situation stärkte den nordamerikanischen Einfluss, die Professionalisierung der venezolanischen Offiziere und trug dazu bei, die Dominanz der prätorianischen Offiziere zu neutralisieren. Zwischen 1958 und 1962 haben die Parteien und die Militärs ihre Einfluss- und Kompetenzbereiche abgesteckt. Die uralte Machtsymbiose von Militär und ziviler Gewalt tritt in eine neue Phase, aber sie endet nicht. Die traditionelle Militärpolitik findet neue Ausdrucksformen, wird weniger sichtbar, behält aber ihren Status als Machtfaktor (Irwin 2000: 98-99).

Es kommt mithin zu einem "Bündnis zwischen Gleichen", nicht aber ziviler Kontrolle oder gar Unterstellung unter Zivilgewalt. Die Neuordnung ist Ergebnis des Entgegenkommens der Zivilgesellschaft, des militärischen Erfolgs im Kampf gegen die Subversion, der Loyalität der Militärs gegenüber der Demokratie. So entstanden und etablierten sich institutionelle Privilegien, Autonomie, Immunität, Willkür und Einflussbereiche sowie Verwaltungs- und Bürokratiemonopole des Militärs.

Nach Jahren des Widerstands gegen die Pérez-Jiménez-Diktatur (1948-1958) etablierten sich die Parteien AD (*Acción Democrática*), COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und anfangs auch URD (*Unión Republicana Democrática*) als Protagonisten der jungen Demokratie. Die Kommunistische Partei, die am Sturz der Diktatur großen Anteil hatte, wurde vom Punto-Fijo-Pakt ausgeschlossen, weil ihre Ideologie der Diktatur des Proletariats nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar war. Der Pakt von Punto Fijo, die Verfassung von 1961 und eine bedeutende Ölrente ermöglichten die Etablierung eines Zwei-Parteien-Systems, das stabil genug war, die offene Intervention der Militärs in die Politik, die vierzig Jahre (von 1958 bis 1998) dauerte, zu beenden. Als der Oberstleutnant Hugo Chávez die Präsidentschaftswahl gewann, setzte er sich für eine neue Verfassung ein, die 1999 in Kraft trat. Dennoch gab es auch in diesen vierzig Jahren einer starken Zwei-Parteien-Demokratie keine tatsächliche Unterstellung des Militärs unter die zivile Gewalt.

Die Führungseliten, insbesondere *Acción Democrática*, waren sich des politischen Gewichts der Militärs in der Geschichte Venezuelas durchaus bewusst, hatten sie doch im Untergrundkampf gegen die Diktatur Verfolgung, Gefängnis, Folterung, Tod und Exil am eigenen Leib erfahren und auch während ihrer dreijährigen Regierung 1945-1948 gelernt, dass die Militärs sich einer tatsächlichen Kontrolle durch Zivilisten nicht unterwarfen. Aber dennoch glaubten sie, die Situation in der Hand zu haben. Manchen ihrer Vertreter wird nachgesagt, sie hätten die Ansicht geteilt, dass man die Militärs ruhig stellt, indem man ihnen Wohnungen verschafft, Militärklubs

ausbaut und ihnen den Alkoholschmuggel nachsieht. In dieser Auffassung wird eine Geringschätzung gegenüber dem Militär deutlich, die sich im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär als großer Fehler erwies.

Nach dem Sturz der Diktatur traf die politische Führung einige Maßnahmen, um das Militär zu unterwerfen, jedoch nicht zu steuern. In der beginnenden demokratischen Epoche übten die Militärs politische Macht nicht mehr so offen und direkt aus wie unter der Diktatur, sondern durch Erpressung der Zivilgesellschaft, wie im Rahmen der Analyse der "politischen Kultur zweiter Ordnung" Finers noch zu zeigen sein wird. Schlimmer noch ist, dass im neuen politischen System dem Militär die von Perlmutter und Nordlinger so bezeichnete Rolle eines Schiedsrichters der Demokratie überlassen wurde (Irwin 2003a).

Der Kampf gegen die Guerilla, um das Überleben der Demokratie zu sichern, verband angesichts der gemeinsamen Bedrohung die professionell orientierten Militärs mit den Prätorianern, schaffte aber auch gemeinsame Interessen, Verbindungen, Komplizenschaft und Bündnisse zwischen dem Militär insgesamt und der politischen Führung von AD und COPEI, die das Land regierte. "Die Militärs erhielten wirtschaftliche und Statusprivilegien als direkte Gegenleistung für die Verteidigung des demokratischen Systems, die sie dann bewahrten und sogar noch ausweiteten" (Irwin 2000: 17).

Diese Privilegien, die die Militärs bis heute bewahren, müssen abgeschafft werden, um eine tatsächliche zivile Kontrolle des Militärs zu sichern, ohne dabei ihre professionellen und institutionellen Funktionen zu berühren. In diesem Zusammenhang muss vor allem das Verteidigungsministerium "zivilisiert" werden. Nicht nur muss ein Zivilist zum Verteidigungsminister ernannt werden, sondern diese "Zivilisierung" sollte die gesamte administrative und bürokratische Sicherheits- und Verteidigungsstruktur erfassen. Die Verfassung von 1961 ermöglichte die Ernennung eines Zivilisten, aber erst nach Verabschiedung der Verfassung von 1999 wurde mit José Vicente Rangel der erste Zivilist Verteidigungsminister.

In den Demokratien, in denen die zivile Kontrolle funktioniert, müssen die Befehlshaber nicht unbedingt Militärs sein. Ebenso sollte der militärische Rechnungshof politisch geführt sein, insbesondere mit Blick auf Waffen- und Systemkauf, einer traditionellen Korruptionsquelle. Hier sollte das Parlament klare Eingriffsrechte haben. Außerdem sollte das Parlament weitreichende Kompetenzen zur Steuerung des Verteidigungshaushalts besitzen. In Venezuela ist die Verwaltung des Verteidigungshaushalts tabu, niemand hat Zugang. Alle mit der Verteidigung und Sicherheit verbundenen Ausgaben

sind geheim, allein der Staatspräsident als Oberkommandierender hat Zugriff auf die geheimen Staatsausgaben. In Venezuela gibt es keine institutionellen Vorgaben zur zivilen Kontrolle der Verteidigungsausgaben, sondern nur eine interne Aufsicht, die sich der öffentlichen Einsicht entzieht.

Ein weiteres Privileg, das die venezolanischen Militärs als Nebenprodukt des Kalten Krieges schrittweise zu konsolidieren vermochten, ist die Einstufung aller Informationen und Daten zur Sicherheit und Verteidigung als Verschlussachen, auch wenn sie noch so banal sind. Die venezolanische Gesetzgebung ist in dieser Hinsicht rückständig, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten, die das Internet bietet. Als Folge sind Studien zum zivil-militärischen Verhältnis, strategischen Denken und zur Sicherheit und Verteidigung fast ausschließlich den Militärs vorbehalten. Die Ausbildung ziviler Experten oder die Bildung interdisziplinärer Forschungsteams in diesem Bereich ist sehr schwierig. Das hat dazu geführt, dass das Militär z.B. in Fragen der Landesgrenzen eine Art Vetorecht bei staatlichen Entscheidungen besitzt. Damit nicht genug droht das Militär auch in andere Forschungs- und Studienbereiche einzudringen und sie zu monopolisieren, z.B. Terrorismus, Drogenhandel und Drogenguerilla.

Andererseits hatten sich die Militärs einige wichtige Posten in der öffentlichen Verwaltung gesichert, vor allem im Auswärtigen Amt und den Ministerien für Infrastruktur und Kommunikation. Nach dem Inkrafttreten der Verfassung von 1999 verbreiteten sich diese – den Militärs vorbehaltenen – Posten wie ein Krebsgeschwür; nahezu die gesamte öffentliche Verwaltung ist heute “militarisiert”. Offiziere aller Dienstränge besetzen wichtige Posten in der nationalen, regionalen und lokalen Verwaltung.

In den Jahren des Guerillakriegs bemühte sich die politische Führung, die Lebensbedingungen der Militärs zu verbessern, denn sie waren es schließlich, die die Gesellschaft und das politische System unter Einsatz ihres Lebens verteidigten. Mit der Zeit wurden sie zu einer privilegierten Kaste, deren Versorgung und Einkommen das der übrigen Universitätsabsolventen weit übertraf (Irwin 2000: 149-150). Unter der Verfassung der Bolivarischen Republik haben die Militärs z.B. ihre eigene Sozialversicherung und müssen sich nicht mit der allgemeinen des öffentlichen Dienstes begnügen.

Die Arbeitsweise der Nachrichtendienste unterlag, anders als in demokratischen Regierungen, dem freien Ermessen der Militärs. Es gab keinerlei zivile Aufsicht, Rechnungsprüfung, Kontrolle oder Eignungsanforderungen, nicht einmal Gesetze zur Regelung ihrer Funktion und Tätigkeit. Die Teil-

streitkräfte haben ihre eigenen Nachrichtendienste, die nach Belieben operieren; sie dringen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens ein, ebenso wie in die Privatsphäre von Personen und Unternehmen. Gelegentlich gibt es Skandale wegen Übergriffen, wenn Nachrichten darüber in die Öffentlichkeit dringen. Diese Praxis begann als notwendiges Übel im Kampf gegen die Subversion unter den Regierungen Betancourt und Leoni und wurde später nie korrigiert.

Ein weiteres Privileg der Militärs ist ihre Unterstellung unter die Militärgerichtsbarkeit auch für von ihnen begangene zivile Straftaten, z.B. im Umgang mit öffentlichen Geldern, während Zivilisten im Gegenzug – meist aus politischen Gründen – vor Militärgerichte gestellt werden.

Schließlich ist auch die militärische Fachausbildung und die Vermittlung demokratischer Werte in den Militärakademien jeder zivilen Kontrolle entzogen: Studiengänge, Inhalte und Lernziele der Offiziersausbildung und zum Erwerb akademischer Grade unterliegen keinerlei Aufsicht von außen.

Der venezolanische Prätorianismus leitet sich aus der Aufrechterhaltung bestimmter Mythen in den Militärakademien und auch in der kulturellen Bildung allgemein ab, z.B. dem Mythos, demzufolge die Rolle der Streitkräfte in der Landesverteidigung, die Aufrechterhaltung der Demokratie eng verbunden sind mit dem Befreiungskampf Bolívars; in Wirklichkeit besteht da nicht der geringste Zusammenhang. Das von Gómez geschaffene Heer und die daraus hervorgegangenen Streitkräfte haben absolut nichts mit dem Heer des Befreiers zu tun (Irwin 1999: 31).

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chávez wurde den venezolanischen Militärs der kubanische Gruß auferlegt: *Patria, Socialismo o Muerte*/Vaterland, Sozialismus oder Tod. Angesichts solcher Bedingungen kann von einer Unterstellung des Militärs unter zivile Organe oder politische Kontrolle keine Rede sein. Wenn es nun aber in Venezuela keine zivile Kontrolle gegeben hat und gibt, wie hat sich das Verhältnis dann tatsächlich dargestellt? Die Antwort liegt in Finers (1969) Begriff von der "politischen Kultur zweiter Ordnung". In diesem System wird die Regierbarkeit dadurch gesichert, dass den Militärs volle Autonomie und Immunität gewährt wird. Die Legitimität der zivilen Staatsorgane ist wichtig, erstreckt sich aber nicht auf das Militär.

Die wichtigsten Aspekte der politischen Kultur zweiter Ordnung sind Erpressung und Kohabitation, Rivalität, Einschüchterung, Verweigerung der Zusammenarbeit bis hin zur Gewaltandrohung gegenüber zivilen Organen als Eingriffsformen der Militärs. Dabei sollte man Erpressung eher als Nötigung verstehen, die ja nicht unbedingt Gewaltanwendung beinhaltet, sondern eher auf psychologischen Druck zur Erlangung eines Entgegenkommens

setzt. Mit politischer Nötigung ist das zivil-militärische Verhältnis in Venezuela angemessen beschrieben, weil in diesem Begriff die Tatsache am besten zum Ausdruck kommt, dass das Militär in Venezuela sich auch ohne zivile Kontrolle im Rahmen der Verfassung und der Gesetze bewegt hat. Was Finer (1969) "eine politische Kultur erster Ordnung" nennt, zeichnet sich dadurch aus, dass die Legitimität der zivilen Gewalt jenseits des Zugriffs des Militärs besteht und dass deshalb das Militär nur über die institutionellen Kanäle des Systems Einfluss ausüben kann.

Wegen des Fehlens institutioneller Kanäle im politischen System, über die das Militär Einfluss ausüben könnte, sind in Venezuela die Bedingungen für eine Klassifizierung in der ersten Ordnung Finers nicht gegeben, denn heute gilt in weitaus größerem Umfang als früher, dass dem Militär allein der Staatspräsident als Einflusskanal offensteht. Deshalb hat es in Venezuela seit der Rebellion Castro Leons 1962 verschiedenartige Formen militärischer Aufstände gegeben, die sich nicht auf den Rückhalt der Streitkräfte insgesamt stützten und immer eine hohe Gewaltbereitschaft gegenüber der legitimen zivilen Staatsgewalt aufwiesen.

Zurück zu Finer: Er definiert eine politische Kultur dritter Ordnung dahingehend, dass dort die Legitimität der Regierung zwar wichtig, aber fließend und nicht entscheidend ist. Hier greift das Militär in die Politik ein, indem es nicht wie in der politischen Kultur zweiter Ordnung Zusammenarbeit verweigert, sondern schlicht die zivile Staatsgewalt nicht verteidigt oder gar gewaltsam gegen sie vorgeht bis hin zur Absetzung der Regierung. In einer politischen Kultur vierter Ordnung spielt die Legitimität keine Rolle; das Militär greift gewaltsam ein und ersetzt das zivile Regime, es ist die brutalste Form militärischen Eingriffs in die Politik.

Die Unterordnung des Militärs unter zivile Kontrolle erfordert militärischen Professionalismus, aber auch geteilte Werte und Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, nicht nur innerhalb der Streitkräfte als Institution, sondern auch bezogen auf jedes ihrer Mitglieder. Eine häufige, aber in schwach institutionalisierten Systemen wie dem venezolanischen auch gefährliche Form der Trennung zwischen Gesellschaft und Militärs besteht darin, dass die Letzteren individuell und kollektiv Theorien zu ihrer Rolle in der Entwicklung des Landes formulieren – insbesondere zur Staatssicherheit – mit dem Ziel, Eingriffe in die Politik zu rechtfertigen und Macht zu erlangen. Die Verfassung von 1999 enthält in Art. 328 ein höchst gefährliches politisches Virus, denn dort heißt es:

Die Streitkräfte sind ein Staatsorgan...vom Staat organisiert zur Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität der Nation sowie der Integrität ihrer Grenzen, mittels militärischer Verteidigung, Mitwirken bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und aktiver Beteiligung an der nationalen Entwicklung.

Anmerkung: Die folgenden zehn Absätze wurden von Friedrich Welsch im Namen der Herausgeber verfasst.

Der Verfassungsartikel 328, in dem die Streitkräfte und ihre Rolle in der Gesellschaft charakterisiert werden, zählt die Wahrung der inneren Sicherheit und die "aktive Beteiligung an der Entwicklung des Landes" ausdrücklich zu deren Aufgaben. Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers Brewer-Carías, der als Mitglied der verfassunggebenden Versammlung an ihrer Erarbeitung mitgewirkt, sie dann aber nicht unterzeichnet hat, wird damit dem Autoritarismus Tür und Tor geöffnet. In seinem Kommentar zur Verfassung (Brewer-Carías 2000: 94f.) schreibt er:

[...] die Verfassung von 1999 offenbart einen ausgesprochen militaristischen Grundzug, der im Zusammenwirken mit dem Zentralismus und dem Präsidentialismus zum Autoritarismus führen kann. [...] In der Gesamtsicht entsteht ein militaristisches Konzept, das verfassungsrechtlich eine Neuerung darstellt, aber zur Vermachtung der Staatsverwaltung durch die Streitkräfte führen kann, denen die Verfassung selbst ja eine aktive Rolle bei der Entwicklung des Landes zuweist.

Córdova Jaimes (2006) bezeichnet dieses Konzept als "militärisch gestütztes bürokratisch-populistisches Modell".

Brewer-Carías' Vorahnungen wandelten sich rasch zum realen Bestandteil der bolivarianischen Revolution. Bereits im Jahr 2000 wurden die bestehende Sozialpolitik und deren Institutionen um eine unter militärischer Führung stehende Parallelstruktur ergänzt und auch teilweise ersetzt, die als "Plan Bolívar 2000" eingeführt wurde. Federführend für das Programm war das Verteidigungsministerium, das über die Stiftung "Proyecto País" für soziale Gerechtigkeit sorgen sollte. Die Umsetzung des Plans, die zeitweilig einen Großteil der logistischen Kapazität der Streitkräfte in Anspruch nahm, versank jedoch bald in einem Morast aus Korruption (Castillo 2002). Konkrete juristische Schritte gegen den damals verantwortlichen General wurden allerdings erst 2008 eingeleitet (*Noticias 24* 2008). Die Einbindung des Militärs in die Sozialpolitik wurde damit jedoch keineswegs aufgegeben. So wurde z.B. der für Schulspeisung, Kinderhorte, Altenpflege und Gemeinschaftsentwicklung zuständige Sozialfonds (*Fondo Único Social*) von Militärs geführt; die Einrichtung wurde später ebenfalls aufgelöst (*Gaceta Oficial* 2010).

Den aktiven Einsatz der Militärs für die gesellschaftliche Entwicklung kann man nur schwer beurteilen, weil der Grad der Erfüllung dieses Verfassungsauftrags von amtlichen Quellen eher verschleiert als transparent gemacht wird. Daher ist es auch nicht einfach, zwischen dem Entwicklungseinsatz der Militärs und der Militarisierung der Gesellschaft eine Grenze zu ziehen. Den Schwierigkeiten des Datenzugangs und ihrer Erfassung zum Trotz gibt es Hinweise verschiedener Beobachter, die sich zu einem Mosaik des militärischen Zugriffs auf die Schalthebel der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Macht fügen.

Die Nichtregierungsorganisation *Control Ciudadano*, die sich auf die Einhaltung der Menschenrechte und Transparenz in der Sicherheitspolitik spezialisiert hat, nennt die Zahl von 2.200 Offizieren der Streitkräfte im öffentlichen Dienst, von denen 200 leitende und 2.000 mittlere und nachgeordnete Positionen besetzen (San Miguel 2009). Die Zahl erscheint sehr hoch, wenn man bedenkt, dass das Offizierskorps der venezolanischen Streitkräfte 2007 bei einer Truppenstärke von etwa 92.000 insgesamt 10.200 Personen umfasste (Red de Seguridad y Defensa de América Latina 2007: 299), also etwa 11% der Gesamtstärke. Selbst wenn man annimmt, dass ein Gutteil der Militärs im öffentlichen Dienst ausgemusterte Offiziere sind, wäre die Abordnung von mehr oder weniger 1.000 Aktiven zur Erfüllung von Aufgaben im Zivildienst ein ungeheurer Aderlass, der sich negativ auf die Einsatzbereitschaft auswirken müsste. Zum Vergleich: Die Bundeswehr verfügt bei einer Truppenstärke von etwa 250.000 über etwa 39.000 Offiziere, das sind 16% der Gesamtstärke (Generalinspekteur 2010). Der vergleichsweise geringe Anteil von Offiziersrängen im venezolanischen Militär ist keine gute Voraussetzung dafür, diese aus ihrer Kernfunktion zu entfernen und zur Erfüllung ziviler Aufgaben abzustellen, es sei denn, die Konflikthypothese zielt mehr auf die innere Sicherheit als die nach außen.

Für eine konkrete innengerichtete Konflikthypothese im Rahmen des Verfassungsauftrags der Streitkräfte zur Wahrung der inneren Sicherheit finden sich keine amtlichen Quellen. Doch es spricht einiges dafür, dass es eine solche wenigstens implizit gibt. Dazu gehört das 2004 verabschiedete "Nationale Polizeigesetz", in dem Fachleute eine Tendenz zur vollständigen Militarisierung der Polizei und letztlich auch der Gesellschaft sehen (Gabalón 2007: 94). In dieselbe Richtung weist auch der Bericht zur Sicherheit in Venezuela und Bolivien der Abteilung "Öffentliche Sicherheit der Organisation Amerikanischer Staaten" (Pontón/Villacrés/Guevara). Die Autoren stellen fest, dass es sich bei den venezolanischen Polizeieinheiten

um militarisierte Einrichtungen handelt; die meisten werden von aktiven oder ausgemusterten Offizieren geleitet, und ihre Organisationsstruktur – aufgeteilt in Offiziere und Truppen – ihre Ausbildung, Kasernierung, Disziplin und Symbole sind militärischer Herkunft, die wenig gemein hat mit einer zivilen Polizei (Pontón/Villacrés/Guevara o.J.: 23; siehe dazu auch Briceño León 2007: 168).

Dieses Bild kann man mit empirischen Daten unterfüttern, wie sie das Zentrum für Juristische Studien Amerikas in Santiago de Chile aus amtlichen Quellen zusammenstellt und regelmäßig publiziert (Centro de Estudios de la Justicia 2009). Der Bericht 2008-2009 weist für Venezuela eine Gesamtpolizeistärke von etwa 116.000 Beamten auf, von denen 60% zivilen Polizeikräften der Länder und Gemeinden, aber immerhin 40% den Streitkräften angehören. Das Militär spielt also eine wichtige Rolle bei der Wahrung der inneren Sicherheit. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass Truppen zur Wahrung der inneren Sicherheit besonders geeignet sind; schon ihre Ausrüstung lässt bei Einsätzen eher Assoziationen zum Bürgerkrieg als zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung aufkommen.

Die von Gabaldón formulierte, oben zitierte These der Militarisierung der Gesellschaft wird durch Córdova Jaimes' Studie (2006) gestützt, in der er von der Präsident Chávez zugeschriebenen Vorstellung der Streitkräfte als "Volk in Uniform" (Volk, nicht Bürger) ausgeht und feststellt, die von ihm konstatierte Militarisierung des öffentlichen Dienstes müsse man im Zusammenhang mit der Militarisierung der Gesellschaft durch die Aufstellung von Volksmilizen und Betriebskampfgruppen sehen. Ein Volk in Waffen. Da liegt es nahe zu fragen, ob die steil angestiegene Gewaltkriminalität in Venezuela (siehe dazu Instituto de Investigaciones de Convivencia y Seguridad Ciudadana 2010) – besonders die mit Schusswaffen verbundene – von der Bewaffnung des Volkes losgelöst betrachtet werden kann.

Die militärische Durchdringung von Politik und Verwaltung wird in höheren öffentlichen Positionen besonders deutlich. Zwar ist es nicht einfach, angesichts der in der bolivarianischen Revolution außerordentlich hohen Fluktuation des Führungspersonals exakte Angaben für einen längeren Zeitraum zu machen, aber man kann den Anteil der Militärs – aktive und ausgemusterte – in solchen Funktionen im Verlauf der Jahre 2008-2009 präzisieren. So waren in diesem Zeitabschnitt außer dem Staats- und dem Vizepräsidenten acht weitere Militärs Mitglieder des Kabinetts, die meisten von ihnen auf wechselnden Posten: der Minister für Information, der Innen- und Justizminister, der Finanzminister, der Gesundheitsminister, der Ernährungsminister, der Wohnungsbauminister, der Infrastrukturminister und der Verteidigungsminister.

Außerdem hatten ehemalige Militärs acht der fünfzehn von der Sozialistischen Einheitspartei gehaltenen Gouverneursposten inne. Dazu kamen die Militärs in den Chefesseln der wichtigsten staatlichen Unternehmen und Agenturen des Finanz-, Schwerindustrie-, Handels- und Dienstleistungssektors. Die – keineswegs vollständige – Liste umfasst die Zoll- und Steuergeneratur (*Servicio Integrado de Administración Aduanera y Tributaria*, SENIAT), die Schatzbank (*Banco del Tesoro*), die Bank für Wirtschaftliche und Gesellschaftliche Entwicklung Venezuelas (*Banco Nacional de Desarrollo Económico y Social*, BANDES), die Devisenverwaltungskommission (*Comisión de Administración de Divisas*), der Industriekreditfonds (*Fondo de Crédito Industrial*, FONCREI), den Kreditgarantiefonds (*Fondo de Garantía de Depósitos y Protección Bancaria*, FOGADE) und die Bankenaufsicht (*Superintendencia de Bancos y Otras Instituciones Financieras*, SUDEBAN). Samt und sonders Einrichtungen, durch die sehr viel Geld geschleust wird.

Dazu kamen aber auch die Schwerindustrie-Holding *Corporación Venezolana de Guayana* (CVG), die Flughafengesellschaft Maiquetía (*Instituto Autónomo Aeropuerto Internacional de Maiquetía*, IAAIM), die Metro Caracas (*Compañía Anónima Metro de Caracas*, CAMETRO), das Stromversorgungsunternehmen *Corporación Eléctrica Nacional* und das Sozialversicherungsinstitut *Instituto Venezolano de los Seguros Sociales* (IVSS). Die venezolanische Diplomatie hatte in dem Zeitraum acht Militärs als Botschafter in verschiedenen Ländern Europas und Lateinamerikas unter Vertrag.

Die kurze und unvollständige Aufstellung zeigt, dass Präsident Chávez seinen Kameraden aus dem Militär – darunter zahlreiche Mitverschwörer aus den Kreisen, die die Staatsstreiche von 1992 vorbereitet und inszeniert hatten – nach wie vor großes Vertrauen entgegenbringt und sich mit ihnen umgibt, insbesondere im Kabinett und in Schlüsselpositionen der staatlichen Verwaltung. Aber die Militarisierung macht hier nicht halt, sondern greift auch auf Sprache und Kultur über, Aspekte, die in den anderen Kapiteln dieses Bandes näher beleuchtet werden.

In diesem Zusammenhang konstatiert Kohn (1997), dass die Streitkräfte dazu da sind, die Gesellschaft und den Staat zu verteidigen, aber keinesfalls dazu, Theorien zum politischen, wirtschaftlichen oder sozialen System zu entwickeln, dem sie angehören. In demokratischen Gesellschaften dienen die Streitkräfte der Landesverteidigung; politische und strategische Richtungsentscheidungen obliegen den zivilen Organen.

Wenn das Militär mit seinen Vorstellungen in diese Bereiche einzugreifen beginnt, legt es den Keim für die Nichtanerkennung seiner Unterstellung unter zivile Kontrolle. Solche Theorien zur nationalen Entwicklung gehen üblicherweise einher mit interessegefärbten Geschichtsdiskursen. So ist Hugo Chávez' Auslegung der Rolle Bolívars in der venezolanischen Geschichte ein gutes Beispiel dafür, wohin es führen kann, wenn ein Militär den historischen Diskurs nach seinem Belieben bestimmt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Virus der Politisierung des Militärs und des Prätorianismus generell in der Ausbildungsphase übertragen wird, nämlich in der Form der Verweigerung des Gehorsams gegenüber zivilen Instanzen, die dazu führen kann, dass sich die Militärs mit Waffengewalt politische Macht zu verschaffen versuchen oder auch gewaltsam gegen die Zivilgesellschaft vorgehen. Der Verlust der verbindenden Werte und die Ausweitung der Verantwortung der Militärs über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinaus spaltet sie und gefährdet die Zivilgesellschaft.

Nach Samuel Huntington (1957) kann die Gesellschaft ihre Hoheit gegenüber dem Militär auf zweierlei Weise sichern, nämlich durch subjektive Kontrolle, d.h. durch die Verfassung, Institutionen und Aufstiegskanäle, und durch objektive Kontrolle, d.h. durch die Professionalisierung des Militärs; außerdem empfiehlt er die Professionalisierung als Gegenmittel gegen die Politisierung. Es scheint jedoch, dass in Ländern mit schwachen Institutionen wie den lateinamerikanischen die Eingriffe des Militärs in die Politik mit den von Huntington postulierten Parametern der Professionalisierung nicht erfasst werden, weil sie eher für die demokratischen Gesellschaften der Industrieländer gelten, als für weniger entwickelte und institutionalisierte Systeme. Ein Unterschied zwischen den politisch gereiften und den begrenzten Demokratien ist die zivile Kontrolle über das Militär (Castillo 2003: 104).

In diesem Teil der Welt stützt die Geschichte eher Finers These, dass in bestimmten politischen Kulturen die professionellen Militärs politisch intervenieren können, insbesondere wenn sie ihre eigenen Theorien zu den Zielen und Interessen der Nation entwickeln, die dann zur Ablehnung der zivilen Kontrolle führen. Huntingtons These vom Professionalismus als Garant der zivilen Kontrolle gilt historisch gesehen nicht in allen Fällen. Verschiedene Grade der Professionalisierung korrelieren mit unterschiedlichen Intensitäten militärischer Eingriffe in die Politik.

Zurück zum Fall Venezuela: Hier gab es weder einen hohen Grad an Professionalisierung noch zivile Kontrolle des Militärs und dennoch hat sich das Militär seit 1958 an die Verfassung gehalten und sogar sämtliche Erhe-

bungen von Militärs niedergeschlagen. Wie ist das zu erklären? Hilfreich dazu sind Perlmutter's Thesen, auch wenn er sich nicht speziell zu Venezuela äußert: Nach dem Scheitern des Prätorianismus im Zuge der Militärregierung 1948-1958 gab es einen latent prätorianischen Sektor innerhalb eines als Schiedsrichter fungierenden Militär. Nach 1958 hatte sich die politische Führung der falschen Überzeugung hingegeben, das zivil-militärische Verhältnis steuern zu können.

Das ungeschriebene Abkommen im gegenseitigen Interesse zwischen der politischen Führung von AD und COPEI sowie der militärischen Führung lief darauf hinaus, dass die militärische Führung die zivile in der Hand hatten (Irwin 2003b: 203).

Im Sinne Nordlingers ist das venezolanische Militär ein prätorianischer Moderator:

Eine starke Interessengruppe mit Vetomacht gegenüber der zivilen Gewalt, aber ohne direkte politische Machtübernahme. Konservativ, Verteidiger des Status quo; Zivilisten regieren, werden aber von den Militärs überwacht (Irwin 2003a: 40).

In Venezuela hatte die politische Führung nicht den Willen, das Militär ziviler Gewalt zu unterstellen. Es ist nur zu hoffen, dass die venezolanische Zivilgesellschaft in der Zukunft ihre Autorität gegenüber den Militärs geltend zu machen versteht.

Literaturverzeichnis

- Bigler, Gene (1981): "Professional Soldier and Restrained Politics in Venezuela". In: Wesson, Robert (Hrsg.) (1982): *New Military Politics in Latin America*. New York.
- (1982): "La restricción política y la profesionalización militar en Venezuela". In: *Politeia*, 10, S. 85-142.
- Brewer-Carías, Allan (²2000): *La Constitución de 1999*. Caracas.
- Briceño León, Roberto (2007): "La policía y su reforma en Venezuela". In: *URVIO Revista Latinoamericana de Seguridad Ciudadana*, 2 (Sept.), S. 164-172.
- Castillo, Hernán (1998): "El Congreso de la República y la política de seguridad y defensa del Estado venezolano durante el gobierno de Rómulo Betancourt 1959-1964". In: *Politeia*, 21, S. 257-315.
- (2001): *Militares y civiles. Balance y perspectivas de las relaciones civiles y militares venezolanas en la segunda mitad del siglo XX*. Caracas.
- (2002): "El proceso de desnaturalización de la institución militar venezolana". Vortrag anlässlich der Tagung des *Center for Hemispheric Defence Studies*, 07.-10. August 2002. Brasília.

- (2003): “Textos angloamericanos sobre las relaciones civiles y militares en Venezuela”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 73-104.
- Centro de Estudios de la Justicia de la Américas (2009): *Reporte 2008-2009*. Santiago de Chile (<www.cejamericas.org/reportes/2008-2009/>; 20.12.2010).
- Córdova Jaimes, Edgar (2006): “Administración Pública en Venezuela: Aproximaciones a los cambios y transformaciones”. In: *Revista de Ciencias Sociales*. Maracaibo, Sept. 2006, 12, 3, S. 496-518.
- Finer, S.E. (1969): *Los militares en la política mundial*. Buenos Aires.
- Gabaldón, Luis Gerardo (2007): “Seguridad ciudadana, confianza pública y policía en Venezuela”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*. Caracas, Dez. 2007, 13, 3, S. 87-98.
- Gaceta Oficial* (2010), No. 39.358, *Ley especial de supresión y liquidación del Instituto Autónomo Fondo Único Social* (<www.scribd.com/doc/26254259/Sumario-Gaceta-Oficial-39-358>; 16.09.2010).
- Generalinspekteur der Bundeswehr (2010): *Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010* (<www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/>; 16.09.2010).
- Guardia, Inés/Olivieri, Giannina (2005): *Estudio de las relaciones civiles militares en Venezuela desde el siglo XIX hasta nuestros días*. Caracas.
- Huntington, Samuel (1957): *The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations*. Cambridge.
- Instituto de Investigaciones de Convivencia y Seguridad Ciudadana (INCOSEC) (2010): *La situación de seguridad en Venezuela. Primer trimestre 2010* (<www.incosec.sumospace.com/wp-content/uploads/2010/04/informe_1er-semester-vf.pdf>; 16.09.2010).
- Irwin, Domingo (1999): “Comentarios sobre la génesis de las instituciones educativas militares en Venezuela del siglo XVIII a 1930”. In: *Anuario de Estudios Bolivarianos*, VII, S. 7-8.
- (2000): *Relaciones civiles y militares en el siglo XX*. Caracas.
- (2003a): “El control civil y la democracia”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 15-72.
- (2003b): “Pretorianismos y control civil en la evolución histórica del siglo XX venezolano: un comentario bibliográfico y educativo”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 149-224.
- Kohn, Richard (1997): “An Essay on Civilian Control of the Military” (<www.unc.edu/depts/diplomat/AD_Issues/amdipl_3/kohn.html>; 20.12.2010).
- Loveman, Brian (1999): *Por la Patria*. Wilmington.
- Nordlinger, Eric A. (1977): *Soldiers in Politics. Military Coups and Government*. Englewood Cliffs.
- Noticias 24* (2008): “Fiscalía acusa a Cruz Weffer de corrupción”. In: *Noticias 24* vom 09.12.2008 (<www.noticias24.com/actualidad/noticia/21240/fiscalia-acusa-al-general-cruz-weffer-de-corrupcion/>; 16.09.2010).
- Perlmutter, Amos/Bennett, Plave (1980): *The Political Influence of the Military. A Comparative Reader*. New Haven.

- Pontón, Daniel/Villacrés, Pamela/Guevara, Pahola (o.J.): *La seguridad pública y privada en Venezuela y Bolivia*, Organisation of American States. Washington, D.C. (<www.oas.org/dsp/documentos/publicaciones/SegPublica-VenezuelayBolivia.pdf>; 16.09.2010).
- Red de Seguridad y Defensa de América Latina (Resdal) (2007): *Atlas comparativo de la defensa en América Latina, 2007*. Buenos Aires.
- Rey, Juan Carlos (1981): "El secreto de Estado y libertad de información. Dos patologías de los gobiernos: propaganda y secreto". In: *Resumen*, 404, 02.08.1981.
- Romero, Aníbal (Hrsg.) (1980): *Seguridad, defensa y democracia en Venezuela*. Caracas.
- San Miguel, Rocío (2009): Interview in *NoticiasCentro* vom 11.10.2009 (<www.noticiascentro.com/noticias/detalle/2542>; 16.09.2010).
- Straka, Tomás (2003): "Guiados por Bolívar. López Contreras, bolivarianismo y pretorianismo en Venezuela". In: *Tiempo y Espacio*, 40.